

# Inhaltsverzeichnis

Bearbeiter:innenverzeichnis . . . . .	XXX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXV
Literaturverzeichnis . . . . .	XLII
<b>Erster Teil: Rechtsstaatsförderung in Deutschland . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1 Rechtsstaatsförderung in Deutschland: Politik, Praxis und For- schung . . . . .	3
A. Rechtsstaatsförderung in der deutschen auswärtigen Politik . . . ( <i>Matthias Kötter</i> )	3
I. Rechtsstaatsförderung: Handlungsfeld der deutschen aus- wärtigen Politik . . . . .	3
II. Deutsche Rechtsstaatsförderung . . . . .	4
III. Der Rechtsstaatsbegriff der Rechtsstaatsförderung . . . .	6
Anlage zu § 1 A. . . . .	9
B. Akteurskonstellationen bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	11
( <i>Matthias Kötter</i> )	
I. Akteure und Akteurskonstellationen bei der Rechtsstaats- förderung . . . . .	11
II. Internationale Vereinbarung über rechtsstaatliche Reformen .	12
III. Projektbasierte Rechtsstaatsförderung . . . . .	13
1. Durchführungsebene . . . . .	14
2. Politische Steuerung . . . . .	15
IV. Multilaterale Rechtsstaatsförderung . . . . .	16
C. Rechtsstaatsförderung in der Forschung . . . . .	17
( <i>Christian Boulanger und Matthias Kötter</i> )	
I. Rechtsstaatsförderung als Forschungsfeld . . . . .	17
II. Universitäre und außeruniversitäre Forschung zur Rechts- staatsförderung in Deutschland . . . . .	18
III. Praxisforschung . . . . .	20
IV. Rechtsstaatsförderungsforschung als eigenständiger Wis- sensbestand . . . . .	21
§ 2 Das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Ak- teur der Rechtsstaatsförderung . . . . .	24
A. Historisches Erbe: Recht als Instrument der Modernisierung und Unterdrückung . . . . .	24
( <i>Tilmann J. Röder</i> )	
I. Rechtsstaatsförderung in historisch vorbelasteten Kontex- ten . . . . .	24

II.	Rezeption von deutschem Recht in Japan . . . . .	24
III.	Deutsches Kolonialrecht . . . . .	25
IV.	Nationalsozialistisches Besetzungsrecht in den Ostgebieten . . . . .	27
V.	Perspektiven für eine postkoloniale Rechtsstaatsförderung . . . . .	28
<b>B.</b>	<b>Rechtsstaatsaufbau in der frühen Bundesrepublik. . . . .</b>	<b>30</b>
	<i>(Jörg Requate)</i>	
I.	Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Rechtsstaats-entwicklung . . . . .	30
II.	Die Entstehung des Grundgesetzes . . . . .	30
III.	Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	32
IV.	Die Rolle der Zivilgesellschaft . . . . .	33
V.	Fazit . . . . .	35
<b>C.</b>	<b>Entwicklungspolitik und Rechtsstaat in den 1960–1980er Jahren . . . . .</b>	<b>35</b>
	<i>(Philipp Dann)</i>	
I.	Entwicklungspolitik zwischen Rechtsstaat und Bürokratie . . . . .	35
II.	Ausgangslage: die Anfänge bundesrepublikanischer Entwicklungspolitik und -verwaltung . . . . .	36
III.	Inhaltliche und organisatorische Verselbständigung der Entwicklungspolitik unter Eppler . . . . .	37
IV.	Rückkehr zum Primat nationaler Interessen . . . . .	38
V.	Fazit . . . . .	40
<b>D.</b>	<b>Rechtsstaatsaufbau als Mittel zur Integration der neuen Bundesländer . . . . .</b>	<b>40</b>
	<i>(Ulrich Hagenloch und Tilmann J. Röder)</i>	
I.	Ähnlichkeiten zur Rechtsstaatsförderung . . . . .	40
II.	Die Ausgangslage im Jahr 1990 . . . . .	41
1.	Politische Entwicklungen . . . . .	41
2.	Herstellung der Rechtseinheit . . . . .	41
III.	Rechtsstaatsaufbau 1990–1994 am Beispiel Sachsens . . . . .	42
1.	Verfassungen und Staatsorgane der neuen Länder . . . . .	42
2.	Länder- und Kommunalverwaltungen . . . . .	42
3.	Institutionen der Rechtspflege . . . . .	43
IV.	Gesellschaftliche Wirkungen . . . . .	45
V.	Erkenntnisse für die internationale Rechtsstaatsförderung . . . . .	45
<b>Zweiter Teil: Praxisbeispiele deutscher Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	<b>47</b>	
<b>§ 3</b>	<b>Bilaterale und regionale Vorhaben . . . . .</b>	<b>49</b>
<b>A.</b>	<b>Rechtskooperation mit China (seit 1984) . . . . .</b>	<b>49</b>
	<i>(Marc Spitzkatz)</i>	
I.	Ausgangslage . . . . .	49
II.	Ziele . . . . .	50
III.	Aktivitäten und Akteure . . . . .	50
1.	Unterstützung beim Systemwechsel . . . . .	50
2.	Gesetzgebungsberatung . . . . .	51
3.	Ausbildung von Richterinnen und Richtern . . . . .	51
IV.	Wirkungen . . . . .	52

<b>B.</b> Unterstützung der Transformationen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (seit 1992) . . . . .	55
<i>(Julie Trappe)</i>	
I. 1990 als neue Etappe deutscher Rechtsstaatsförderung . . . . .	55
II. Beratung in Mittel- und Osteuropa ab den 1990er-Jahren . . . . .	57
1. Gegenstand der Reformen . . . . .	57
2. Die europäische Dimension . . . . .	58
III. Schlussfolgerungen . . . . .	59
<b>C.</b> Unterstützung der Transformationen in Südkaukasus und Zentralasien (seit 1993) . . . . .	60
<i>(Jens Deppe)</i>	
I. Ausgangslage der Transformationsstaaten . . . . .	60
II. Zweifache Aufgabenstellung der Transformation . . . . .	63
III. Programmdesign der deutschen Vorhaben . . . . .	64
IV. Ansatz der deutschen Rechtsreformberatung . . . . .	65
V. Wirkungen . . . . .	66
<b>D.</b> Verfassungsberatung in Südafrika (1993–1996) . . . . .	69
<i>(Ulrich Karpen)</i>	
I. Vom autoritären Apartheidsystem zum demokratischen Rechtsstaat . . . . .	69
II. Die „ausgehandelte Revolution“ (1992–1994) . . . . .	70
III. Von der vorläufigen zur endgültigen Verfassung (1994–1996) .	71
IV. Hat sich die Verfassung bewährt? . . . . .	73
<b>E.</b> Koordinierung des Justizaufbaus in Afghanistan (2002–2014) . .	75
<i>(Wolf Plesmann und Tilmann J. Röder)</i>	
I. Herausforderungen des Justizaufbaus in Afghanistan . . . . .	75
II. Vorgaben des Petersberger Abkommen und der afghanischen Verfassung . . . . .	75
III. Das Verhältnis zwischen Gebern und der afghanischen Regierung . . . . .	76
IV. Koordinierung der deutschen Vorhaben . . . . .	78
1. Vereinbarungen mit afghanischen Partnern . . . . .	78
2. Koordinierung unter deutschen Akteuren . . . . .	78
3. Koordinierung unter internationalen Akteuren . . . . .	79
V. Erkenntnisse über Koordinierung im Bereich der Rechtsstaatsförderung . . . . .	80
<b>F.</b> Die Verbesserung des Zugangs zu Recht durch Paralegals in Sierra Leone (2009–2013) und Sambia (2015–2021) . . . . .	81
<i>(Tillmann Schneider und Sabine Midderhoff)</i>	
I. Paralegals und <i>Legal Empowerment</i> . . . . .	81
II. Unterstützung von Paralegalismus durch GIZ-Vorhaben . . . . .	82
1. Rechtstaatsförderung in Sierra Leone (2009–2013) . . . . .	82
2. PLEED Sambia (2015–2021) . . . . .	84
III. Chancen und Herausforderungen . . . . .	86
<b>G.</b> Transformationshilfe nach dem Arabischen Frühling (2011–2012) . . . . .	86
<i>(Rainer Grote und Tilmann J. Röder)</i>	

I.	Begriff der Transformationshilfe . . . . .	86
II.	Akteure und Ansätze . . . . .	87
III.	Entwicklungen und Erfahrungen . . . . .	88
1.	Ähnlichkeiten und Unterschiede der Kontexte . . . . .	88
2.	Rechtliche Entwicklungen im Überblick . . . . .	88
3.	Länderbeispiel Ägypten . . . . .	89
4.	Länderbeispiel Libyen . . . . .	90
5.	Länderbeispiel Tunesien . . . . .	91
IV.	Fazit: Erfolgsbedingungen von Rechtsstaatsförderung in Transformationskontexten . . . . .	91
H.	Demokratisierung und Menschenrechtsschutz in Zusammenarbeit mit der Organisation Amerikanischer Staaten (seit 2012) . . . . . ( <i>Helen Abrens und Anna Heinen</i> )	92
I.	Das Menschenrecht auf Zugang zu Recht und Justiz im interamerikanischen Menschenrechtssystem . . . . .	92
1.	Menschenrechte und gesellschaftspolitische Entwicklung in Lateinamerika . . . . .	92
2.	Das Menschenrecht auf Zugang zu Recht und Justiz: Normen und Praxis . . . . .	94
3.	Vorgehen des Projekts DIRAJus. . . . .	95
4.	Die Zukunft des Menschenrechtsschutzes in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) . . . . .	96
II.	Transformation durch Recht in Lateinamerika? . . . . .	97
I.	Rechtsstaats- und Demokratieförderung durch die politischen Stiftungen: Das Beispiel der Konrad-Adenauer-Stiftung . . . . . ( <i>Franziska Rinke</i> )	98
I.	Politische Stiftungen . . . . .	98
II.	Rechtsstaatsförderung durch politische Stiftungen. . . . .	99
III.	Das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung . . . . .	100
IV.	Fazit. . . . .	102
J.	Beiträge von Berufsvereinigungen: Das Beispiel des Aufbaus von Notariatssystemen in den Transformationsstaaten . . . . . ( <i>Richard Bock</i> )	103
I.	Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit seit 1992 . . . . .	103
II.	Berufsrecht . . . . .	104
1.	Kompetenzen. . . . .	104
2.	Zulassungs- und Ernennungsprobleme . . . . .	105
3.	Flächendeckende Versorgung . . . . .	105
4.	Kammerwesen . . . . .	106
III.	Digitalisierung . . . . .	106
IV.	Gemeinsame Projekte der BNotK mit der GIZ . . . . .	107
1.	Serbien . . . . .	107
2.	Nordmazedonien . . . . .	107
3.	Food and Agriculture Organization. . . . .	108
4.	China . . . . .	108
V.	Schlussbetrachtung . . . . .	108

§ 4 Multilaterale und internationale Vorhaben . . . . .	109
A. Rechtsstaatsförderung durch Missionen der Europäischen Union . . . . .	109
<i>(Richard Winkelhofer, Ines Thevarajah und Fabian Löwenberg)</i>	
I. Überblick EU-Missionen . . . . .	109
II. Missionen . . . . .	110
1. EUPOL Afghanistan . . . . .	110
2. EULEX Kosovo . . . . .	111
3. EUAM Ukraine . . . . .	113
III. Stärken, Schwächen und Ausblick der Rechtsstaatsförderung durch EU-Missionen . . . . .	114
B. Rechtsstaatsförderung durch EU-Projekte . . . . .	115
<i>(Julie Trappe)</i>	
I. Deutschland als Durchführer von EU-Projekten . . . . .	115
II. Twinning Kosovo „Strengthening Policy formulation and legislative drafting“ . . . . .	116
1. Projektrahmen . . . . .	116
2. Einblicke in die kosovarische Rechtsordnung . . . . .	117
3. Herausforderungen . . . . .	119
III. Erfolgsvoraussetzungen . . . . .	120
C. Rechtsstaatsförderung durch die OSZE . . . . .	121
<i>(Nathalie Ebead und Thomas Vennen)</i>	
I. Vorbemerkung . . . . .	121
II. Ziele und Herausforderungen der Rechtstaatlichkeit in der OSZE-Region . . . . .	122
III. OSZE-Rechtstaatlichkeitsförderung: Ansätze und Instrumente . . . . .	123
1. Multi-dimensionaler Ansatz zur Rechtstaatlichkeitsförderung . . . . .	123
2. Arbeitsmodalitäten der OSZE-Strukturen zur Rechtstaatlichkeitsförderung . . . . .	123
3. Spezifische Instrumente der OSZE-Rechtstaatlichkeitsförderung . . . . .	125
IV. Unterstützung von Reformvorhaben am Beispiel Georgien	126
D. Rechtsstaatsförderung durch die Weltbank und die Vereinten Nationen . . . . .	127
<i>(Peter Best)</i>	
I. Der spezifische Ansatz der Weltbank in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	127
II. Der Kooperationstypus der Rechtsstaatsförderung am Beispiel Serbien . . . . .	127
1. Erfassung justizieller Daten . . . . .	127
2. Das Multi Donor Trust Fund Justice Sector Support Project in Serbien . . . . .	128
3. Funktionsanalyse der Justiz . . . . .	129
III. Der spezifische Ansatz der UN in der Rechtsstaatsförderung .	130
IV. Unterstützung von Justizreformen am Beispiel Armenien .	131
V. Anmerkungen aus deutscher Sicht . . . . .	131

E. Internationale Missionen gegen Korruption und Straflosigkeit. . . . .	133
(Daniel Kempken)	
I. Einleitung. . . . .	133
II. Ansatz der Missionen in Guatemala und Honduras. . . . .	133
1. Abgrenzung zu klassischen Ansätzen der Rechtsstaatsfördere	134
2. Strategie der Missionen im Einzelnen . . . . .	135
3. Rückschläge. . . . .	136
III. Ein Erfolgsmodell ist in der Welt . . . . .	136
1. Das Vermächtnis . . . . .	136
2. Das Erfolgsrezept . . . . .	137
3. Einfluss der Geber:innen . . . . .	137
4. Unterstützung der Zivilgesellschaft . . . . .	137
IV. Ausblick . . . . .	137
1. Politischer Dialog. . . . .	137
2. Konzeptionelle Schlussfolgerungen . . . . .	138
3. Missionen der zweiten Generation . . . . .	138
§ 5 Deutsche Rechtsstaatsförderung aus der Perspektive der Partnerländer . . . . .	139
A. Rückblick auf Georgiens rechtliche Transformation im Privatrecht (Lado Chanturia)	139
I. Einführung. . . . .	139
II. Wahl der Partner für die Reform des Zivilrechts . . . . .	139
III. Kodifizierte Gesetzgebung . . . . .	140
IV. Inhaltliche Ausgestaltung. . . . .	141
V. Entstehung juristischer Literatur durch rechtswissenschaftliche Kooperation . . . . .	142
VI. Europäisierung des Rechts als kulturhistorischer Prozess . .	143
VII. Hospitationen, Juristenausbildung und Hochschulkooperationen . . . . .	143
B. Kosovo zwischen internationaler Verwaltung und staatlicher Unabhängigkeit (1999–2019). . . . .	145
(Robert Muharremi)	
I. Das Kosovo 1999–2019 . . . . .	145
1. Das Kosovo unter UNMIK (United Nations Interim Adminis	146
tration Mission in Kosovo) . . . . .	146
2. Konkurrenz der Rechtsordnungen. . . . .	146
II. Das kosovarische Zivilgesetzbuch . . . . .	147
III. Deutsches Engagement im Kosovo . . . . .	150
C. Verfassungsgebung und politische Legitimität in Somalia (seit 2000). . . . .	151
(Mohamed Osman Jawari)	
I. Somalias Weg zum 4,5-Clan-Repräsentationsschema . . . . .	151
II. Die Übergangsjahre: 2002–2012 . . . . .	152
III. Der vorläufige Überprüfungs- und Umsetzungsprozess der Verfassung . . . . .	153
IV. Legitimität der Verfassungsfindung. . . . .	154

<b>D. Justizaufbau und Rechtsverständnisse in Afghanistan (seit 2001) . . . . .</b>	<b>156</b>
<i>(Babishta Zahir Hellali)</i>	
I. Schwache Ergebnisse trotz massiver Unterstützung . . . . .	156
II. Rechtspluralismus und Verständnisse von 'adalat (Gerechtigkeit) in Afghanistan . . . . .	157
III. Das Fortbestehen der informellen Streitbeilegung . . . . .	159
IV. Integrative Ansätze in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	160
<b>E. Gesetzgebung und Gesetzesfolgenabschätzung in Peru (seit 2010) . . . . .</b>	<b>161</b>
<i>(Carlos Jahnsen Gutierrez)</i>	
I. Einleitung: Empfehlungen der OECD-Studie . . . . .	161
II. Der deutsche Beitrag zur Implementierung der OECD-Empfehlungen und der peruanische Weg eines angepassten Systems der GFA . . . . .	162
III. Umsetzungserfahrungen . . . . .	164
IV. Schlussfolgerungen . . . . .	165
<b>F. Deutsch-türkische Rechtsbeziehungen . . . . .</b>	<b>166</b>
<i>(Babri Öztürk und Nilüfer Köker)</i>	
I. Historischer Rückblick . . . . .	166
1. Entwicklung des türkischen Rechts . . . . .	167
2. Einfluss bedeutender deutscher Persönlichkeiten auf das türkische Hochschulwesen und Recht . . . . .	167
II. Strafrechtliche Reformgesetze ab 2005 . . . . .	169
III. Deutsch-türkische Kooperation . . . . .	170
1. Institutionelle Zusammenarbeit im Justizbereich . . . . .	170
2. Deutsch-türkisches Engagement an der İstanbul Kultur Üniveritesi . . . . .	171
IV. Schlussbemerkung . . . . .	171
<b>Dritter Teil: Ziele, Handlungsfelder und Konzepte deutscher Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	<b>173</b>
<b>§ 6 Übergeordnete Ziele bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	<b>175</b>
<b>A. Frieden und Sicherheit . . . . .</b>	<b>175</b>
<i>(Matthias Kötter)</i>	
I. Frieden und Sicherheit als übergeordnete Ziele der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik . . . . .	175
II. Deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik . . . . .	176
1. Grundgesetz . . . . .	176
2. Internationale Ordnung . . . . .	177
3. Deutsche Friedens- und Sicherheitsinteressen . . . . .	178
III. Stabilisierung . . . . .	178
IV. Folgerungen für die Rechtsstaatsförderung . . . . .	180
<b>B. Nachhaltige Entwicklung . . . . .</b>	<b>181</b>
<i>(Astrid Wiik)</i>	
I. Nachhaltige Entwicklung als Leitbild moderner deutscher Entwicklungspolitik . . . . .	181

II.	Nachhaltige Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit: die Agenda 2030 und die SDGs . . . . .	182
1.	Die Struktur der Agenda 2030 und der SDGs . . . . .	183
2.	Rechtsstaatlichkeit in den SDGs . . . . .	183
3.	Verhandlungsprozess . . . . .	184
4.	Bedeutung für die Akteure der deutschen Rechtsstaatsförderung . . . . .	185
III.	Nachhaltige Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit: Auswirkungen der Verknüpfung . . . . .	186
C.	Menschenrechte . . . . .	187
	( <i>Andrea Kämpf</i> )	
I.	Menschenrechte und Rechtsstaatsförderung im Verständnis der Bundesregierung . . . . .	187
II.	Menschenrechtliche Grundlagen im internationalen Recht . . . . .	190
III.	Menschenrechtlicher Rechtsstaatsbegriff . . . . .	192
IV.	Menschenrechte in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	193
D.	Demokratie . . . . .	194
	( <i>Sylvia Zalewska-Löwenberg</i> )	
I.	Die Förderung von Demokratie als übergeordnetes Ziel der Rechtsstaatsförderung . . . . .	194
II.	Rechtliche Grundlagen der Förderung von Demokratie . . . . .	195
1.	Verfassungsrechtliche Ebene . . . . .	195
2.	Europäische Ebene . . . . .	195
3.	Völkerrechtliche und internationale Ebene . . . . .	196
III.	Maßnahmen der Demokratieförderung . . . . .	196
IV.	Demokratieförderung und Rechtsstaatsförderung . . . . .	197
1.	Begriffe von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit . . . . .	197
2.	Herausforderungen für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit . . . . .	199
E.	Außenwirtschaftspolitik . . . . .	200
	( <i>Friederike Diaby-Pentzlin</i> )	
I.	Arena widerstreitender Interessen . . . . .	200
II.	Rahmenbedingungen . . . . .	200
III.	Interventionsebenen . . . . .	201
IV.	Außenwirtschaftspolitik und Recht im historischen Rückblick . . . . .	201
1.	1980er Jahre: Beginn juristischer Beratungen zu Auslandsinvestitionen . . . . .	202
2.	1990er Jahre: Umbau ehemals sozialistischer Wirtschaftssysteme . . . . .	202
3.	Ab 1998: Armutorientierte globale Strukturpolitik . . . . .	203
4.	Ab 2009: Einbindung der Privatwirtschaft . . . . .	203
5.	Seit 2013: Zwischen SDGs und Corporate Social Responsibility . . . . .	204
V.	Beispiel der Förderung rechtlicher Rahmenbedingungen für industrielle Landwirtschaft . . . . .	205
VI.	Ökologische Zeitenwende für nachhaltige Entwicklungsziele . . . . .	206

<b>F. Europäische Integration . . . . .</b>	<b>207</b>
<i>(Julie Trappe)</i>	
I. Deutschland als Teil der Europäischen Union . . . . .	207
II. Europäische Erweiterung . . . . .	208
1. Die erste osteuropäische Beitrittswelle 2004 . . . . .	208
2. Rumänien und Bulgarien 2007 . . . . .	209
3. Kroatien und der Westbalkan . . . . .	209
III. Konditionalität und Rechtstransfer . . . . .	210
<b>§ 7 Handlungsfelder und Konzepte der Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	<b>213</b>
<b>A. Access to Justice . . . . .</b>	<b>213</b>
<i>(Lothar Jahn)</i>	
I. Zugang zu Recht – ein Schwerpunkt heutiger Rechtsstaatsförderung . . . . .	213
II. Entwicklung von AtoJ in der frühen deutschen RSF: Konzentration auf den Staat . . . . .	213
III. Legal Empowerment und SDG 16: Fokus auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen . . . . .	214
IV. Begriff des Zugangs zu Recht . . . . .	215
V. Ansätze der internationalen Förderpraxis . . . . .	216
<b>B. Verwaltungsreformen . . . . .</b>	<b>217</b>
<i>(Jens Deppe)</i>	
I. Vielgestaltigkeit der Aufgaben von Verwaltungsreformen . . . . .	217
II. Konzepte und Lernerfahrungen ausgewählter Verwaltungsreformen . . . . .	219
III. Rechtsstaatliche Kriterien für Verwaltungsreformen . . . . .	221
1. Globale Indizes . . . . .	221
2. Checkliste der Venedig-Kommission und UNDP Guidance Note . . . . .	222
3. Nachhaltige Entwicklungsziele und der World Public Sector Report . . . . .	222
4. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Grundsätze für die Öffentliche Verwaltung (SIGMA) . . . . .	223
<b>C. Sicherheitssektorreform . . . . .</b>	<b>224</b>
<i>(Sylvia Zalewska-Löwenberg und Tilmann J. Röder)</i>	
I. Konzeptionelle und normative Grundlagen . . . . .	224
II. Ziele und Ansätze . . . . .	224
III. Instrumente . . . . .	225
1. SSG-Reformen . . . . .	225
2. Capacity Building . . . . .	225
3. Ertüchtigung . . . . .	226
4. Budgethilfe . . . . .	226
IV. SSR-Strategie der Bundesregierung . . . . .	226
V. Deutsche SSR-Programme und Initiativen . . . . .	227
1. Militärisches Ausstattungshilfeprogramm (AH-P) . . . . .	227
2. Polizeiliches Ausbildungs- und Ausstattungshilfeprogramm (AAH-P) . . . . .	227

3.	Ertüchtigungsinitiative . . . . .	228
4.	Stärkung von SSG und Kapazitäten . . . . .	228
VI.	Schnittstellen zu Rechtsstaatsförderung. . . . .	228
1.	Zivile Führung und demokratische Aufsicht . . . . .	229
2.	Organe des Sicherheitssektors . . . . .	229
3.	Strafverfolgungsbehörden . . . . .	229
4.	Zivilgesellschaft . . . . .	230
5.	Nicht-staatliche bewaffnete Akteure . . . . .	230
VII.	Ausblick . . . . .	230
D.	Öffentliche Finanzverwaltung . . . . .	230
	<i>(Birger Nerre)</i>	
I.	Dualität von Rechtsstaat und Steuerstaat, Besteuerungsgrundsätze . . . . .	230
II.	Die öffentliche Finanzverwaltung . . . . .	233
1.	Begriffsklärung . . . . .	233
2.	Institutionelle Rahmenbedingungen: Der Autonomie-Aspekt . . . . .	233
III.	Bewertungsstandard der Qualität von Finanzverwaltungen: TADAT . . . . .	234
IV.	Steuerkultur . . . . .	235
V.	Synthese und Ausblick . . . . .	236
E.	Antikorruption . . . . .	237
	<i>(Miriam Kosmehl)</i>	
I.	Das Verhältnis von Rechtsstaatsförderung und Antikorruption . . . . .	237
II.	Ausprägungen und Folgen von Korruption . . . . .	238
III.	Der normative Rahmen für Antikorruption . . . . .	239
IV.	Ansätze für ein erfolgreiches Vorgehen gegen Korruption . . . . .	240
1.	Die Schlüsselrolle von Justiz und Staatsanwaltschaft . . . . .	241
2.	Strategischer Dreiklang aus Strafverfolgung, Prävention und Aufklärung . . . . .	242
3.	Partner für Transparenz und Integrität: Zivilgesellschaft – Medien – Wirtschaft . . . . .	242
V.	Strategien der Bundesregierung . . . . .	243
VI.	Antikorruption zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat . . . . .	243
F.	Förderung der Zivilgesellschaft . . . . .	244
	<i>(Sandra Fuhr und Jens Deppe)</i>	
I.	Einführung: Begriff der Zivilgesellschaft in der EZ . . . . .	244
II.	Die Zivilgesellschaft im Verhältnis zur Demokratie- und Rechtsstaatsförderung . . . . .	245
III.	Politische Teilhabe und Rechtsstaatsförderung aus Sicht des BMZ . . . . .	246
IV.	Shrinking Spaces . . . . .	248
G.	Gender Equality . . . . .	250
	<i>(Angela Langenkamp)</i>	
I.	Normative Grundlagen . . . . .	250

1.	Internationale Standards, Verpflichtungen und Rechenschaftslegungsmechanismen . . . . .	250
2.	Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1325) .	252
3.	Afrikanische Standards, Verpflichtungen und Rechenschaftslegungsmechanismen . . . . .	252
II.	Gewalt gegen Frauen und Mädchen . . . . .	253
III.	Rechtspluralismus und Zugang zu Recht . . . . .	254
IV.	Geschlechtergerechtigkeit: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich . . . . .	255
H.	Transitional Justice . . . . .	257
	( <i>Anja Mibr und Julie Trappe</i> )	
I.	Der Begriff der Transitional Justice . . . . .	257
II.	Internationalisierung von Transitional Justice . . . . .	257
III.	Transitional Justice und Rechtsstaatsförderung . . . . .	259
IV.	Forschungsfragen . . . . .	260
V.	Transitional Justice und Demokratisierung . . . . .	261
I.	Wirtschaftsförderung . . . . .	262
	( <i>Hans-Joachim Schramm</i> )	
I.	Law and Development . . . . .	262
II.	Gegenstände und Ziele der Reformberatung im Wirtschaftsrecht . . . . .	263
III.	Maßstäbe: <i>Principles, Rankings</i> und Modellgesetze . . . . .	266
IV.	Schlussfolgerungen und Ausblick . . . . .	266
J.	Friedensmediation . . . . .	267
	( <i>Tilmann J. Röder, Luxshi Vimalarajah und Julia von Dobeneck</i> )	
I.	Begriffsklärung . . . . .	267
II.	Grundlagen der Friedensmediation . . . . .	268
1.	Konzeptionelle Grundlagen . . . . .	268
2.	Normativer Rahmen . . . . .	269
3.	Akteure . . . . .	270
III.	Zusammenwirken von Friedensmediation und Rechtsstaatsförderung . . . . .	270
1.	Schnittstelle zur Verfassungsberatung . . . . .	270
2.	Weitere Schnittstellen zur Rechtsstaatsförderung . . . . .	273
<b>Vierter Teil: Theorie, Methoden, Forschungsansätze . . . . .</b>		275
<b>§ 8 Entstehen, Wandel und Transfer von Recht und Institutionen . . . . .</b>		277
A.	Recht und Rechtspluralismus . . . . .	277
	( <i>Markus Böckenförde</i> )	
I.	Begriffe von Recht und Rechtspluralismus . . . . .	277
II.	Recht . . . . .	277
III.	Recht(spluralismus) im (post-)kolonialen Kontext . . . . .	280
IV.	Rechtspluralismus . . . . .	280
V.	Rechtsstaatsförderung und Rechtspluralismus . . . . .	282
B.	Rechtstransfer . . . . .	283
	( <i>Tilmann Schneider</i> )	

I.	Die Bedeutung von Transferprozessen für die Rechtsstaatsförderung . . . . .	283
II.	Rechtstransfer als Gegenstand der Rechtsvergleichung . . . . .	284
III.	Metaphern-Vielfalt und interdisziplinärer Austausch in der jüngeren Forschung. . . . .	285
IV.	Erfolgsbedingungen für Transferprozesse? . . . . .	287
C.	Rechtsvergleichung . . . . . <i>(Laura Jung)</i>	288
I.	Rechtsvergleichung und Rechtsstaatsförderung . . . . .	288
II.	Die wissenschaftliche Rechtsvergleichung . . . . .	289
1.	Die traditionelle Methode des Funktionalismus . . . . .	290
2.	Kritik und Resilienz des Funktionalismus . . . . .	291
III.	Die Rechtsvergleichung in der Praxis der Rechtsstaatsförderung . . . . .	292
D.	Rechtslinguistik: Sprache, Recht und Translation . . . . . <i>(Beate Anam und Hatem Ellies)</i>	294
I.	Die Sprachlichkeit des Rechts . . . . .	294
II.	Rechtslinguistik: Forschungsthema, Gegenstand, theoretische Ansätze . . . . .	296
III.	Die Sprachlichkeit des Rechts und die Translationsleistung als Herausforderung für die Rechtsstaatsförderung. . . . .	297
1.	Zweckbezogenheit von Übersetzungen . . . . .	297
2.	Herausforderungen durch Mehrsprachigkeit: Translationsleistungen. . . . .	297
3.	Anforderungen an die mit Rechtsstaatsförderung befassten Akteur:innen. . . . .	298
IV.	Konsequenzen für die Praxis der Rechtsstaatsförderung . . . . .	298
§ 9	Analyse von Handlungskontexten . . . . .	300
A.	Politikwissenschaftliche Kontextanalyse . . . . . <i>(Gregor Reisch und Gregor Walter-Drop)</i>	300
I.	Begriff der Kontextanalyse . . . . .	300
II.	Vorhandene Ansätze . . . . .	301
III.	Die politikwissenschaftliche Perspektive . . . . .	302
IV.	Quantitative Ansätze . . . . .	303
V.	Qualitative Ansätze . . . . .	304
VI.	Ausblick . . . . .	305
B.	Erfassung von Rechtsstaatlichkeit . . . . . <i>(Wolfgang Muno)</i>	306
I.	Messung und Indizes von Rechtsstaatlichkeit . . . . .	306
II.	Rechtsstaatlichkeits-Indizes. . . . .	306
1.	Der Freedom House Index (FHI). . . . .	307
2.	Der Bertelsmann Transformation Index (BTI). . . . .	308
3.	Worldwide Governance Indicators (WGI). . . . .	309
4.	Rule of Law Index des World Justice Project . . . . .	309
III.	Würdigung der genannten Rechtsstaatlichkeits-Indizes. . . . .	310

C. Kontextanalyse aus sozialanthropologischer Perspektive . . . . .	312
<i>(Julia Eckert, Johanna Mugler und Friederike Stahlmann)</i>	
I. Rechtsanthropologische Perspektive und Fokus bei der Kontextanalyse . . . . .	312
II. Fragen einer sozialanthropologischen Kontextanalyse . . . . .	313
III. Methoden der sozialanthropologischen Kontextanalyse . . . . .	315
IV. Interventionen der Rechtsstaatsförderung als Gegenstand der Analyse . . . . .	316
§ 10 Instrumentarium und Prozesse . . . . .	318
A. Reflexiver Instrumentengebrauch . . . . .	318
<i>(Johannes Socher und Gregor Walter-Drop)</i>	
I. Begriffsbestimmung . . . . .	318
II. Forschungsstand . . . . .	319
III. Erfolgsbedingungen in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	320
1. Legitimität . . . . .	320
2. Task-Komplexität . . . . .	321
3. Institutionelles Design . . . . .	322
IV. Forschungsaufgabe . . . . .	323
B. Prozesssteuerung und Projektmanagement . . . . .	323
<i>(Harald Fuhr)</i>	
I. EZ-Vorhaben zwischen Projekt- und Politikzyklus . . . . .	323
II. Verzahnung von EZ-Vorhaben mit dem nationalen Reformprozess im Partnerland . . . . .	325
1. Identifikation und Planung von EZ-Vorhaben . . . . .	325
2. Implementation von EZ-Vorhaben . . . . .	326
3. Monitoring und Evaluierung von EZ-Vorhaben . . . . .	327
III. Alternative Projektsteuerung von EZ-Vorhaben . . . . .	329
C. Formen der internen und externen Evaluierung . . . . .	329
<i>(Reinhard Stockmann)</i>	
I. Evaluation als Politikinstrument . . . . .	329
II. Evaluationsgegenstand und Ziele . . . . .	330
III. Evaluationen im Programmzyklus . . . . .	331
IV. Interne und externe Evaluationen . . . . .	331
V. Rechtsstaatsförderung als Evaluationsgegenstand . . . . .	332
VI. Wirkungsevaluation in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	333
VII. Erfolgsfaktoren für Rechtsstaatsförderung . . . . .	335
<b>Fünfter Teil: Instrumente und Prozesse der Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	337
§ 11 Rechtsbeziehungen im Akteursdreieck . . . . .	339
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Rechtsstaatsförderung . . . . .	339
<i>(Matthias Kötter)</i>	
I. Rechtsstaatsförderung als staatliche Aufgabe . . . . .	339
II. Auswärtige Gewalt . . . . .	339
1. Bund und Länder . . . . .	340
2. Organkompetenzen insbesondere der Bundesregierung . . . . .	340

3.	Ressortprinzip und Ressortabstimmung . . . . .	341
III.	Materiell-verfassungsrechtliche Bindungen bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	342
1.	Friedensgebot und Völkerrechtsbindung . . . . .	342
2.	Grund- und Menschenrechtsbindung . . . . .	343
3.	Gewährleistungspflichten bei der Beteiligung anderer Akteure an der Rechtsstaatsförderung . . . . .	343
IV.	Kontrolle der auswärtigen Gewalt bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	344
B.	Das internationale Rechtsverhältnis bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	345
	<i>(Matthias Kötter)</i>	
I.	Rechtsstaatsförderung und internationales Recht . . . . .	345
II.	Staatensoveränität und Interventionsverbot bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	346
1.	Verboteine Einmischung . . . . .	346
2.	Begrenzte Staatlichkeit . . . . .	347
3.	Haftung bei Völkerrechtsverstoß . . . . .	348
III.	Projektdurchführung aufgrund bilateraler Verwaltungsabkommen . . . . .	348
1.	Internationale Verwaltungsabkommen . . . . .	348
2.	Durchführungspraxis . . . . .	349
IV.	Vertragsicherheit bei der Projektdurchführung . . . . .	350
C.	Das Durchführungsrechtsverhältnis . . . . .	351
	<i>(Matthias Kötter)</i>	
I.	Das Durchführungsrechtsverhältnis von Mittelgeber und Projektdurchführer . . . . .	351
1.	Der Bund als Geber und Projektträger . . . . .	352
2.	Andere Geber und Kofinanzierungen . . . . .	353
II.	Auftragsrechtsverhältnis . . . . .	353
1.	Ober- und unterschellige Auftragsvergabe . . . . .	354
2.	Beauftragung staatlicher Durchführungsorganisationen . . . . .	354
3.	Vertragsgestaltung, Rechenschaftspflichten und Einwirkungsbefugnisse . . . . .	355
III.	Zuwendungsrechtsverhältnis . . . . .	355
1.	Zweckgemäße Mittelverwendung, Rechenschaftspflichten . . . . .	356
2.	Europäisches Beihilfenrecht . . . . .	356
IV.	Gewährleistungspflichten im Durchführungsrechtsverhältnis . . . . .	356
D.	Die rechtliche Stellung der Akteure im Partnerland . . . . .	357
	<i>(Matthias Kötter)</i>	
I.	Bindung an das lokale Recht des Handlungskontexts bei der Projektdurchführung . . . . .	357
1.	Rechtsgebiete und Rechtsstatus: das Beispiel Arbeitsrecht . . . . .	358
2.	Komplexe Rechts- und Kooperationsstrukturen . . . . .	359

II.	Sonderrechte internationaler Organisationen und ihres Personals . . . . .	359
III.	NGO-Gesetzgebung . . . . .	360
1.	Regelungen: das Beispiel Russlands . . . . .	360
2.	Politische Instrumentalisierung der NGO-Gesetzgebung . . . . .	362
§ 12 Projekt- und Finanzierungsarten . . . . .		364
A.	Rechtsstaatsförderung durch das BMZ . . . . .	364
(Daniel Kempken)		
I.	Leitgedanken entwicklungspolitischer Rechtsstaatsförderung im BMZ . . . . .	364
1.	Bedeutung der Rechtsstaatsförderung für die Entwicklungszusammenarbeit . . . . .	364
2.	Konzeptionelle Grundlagen . . . . .	364
3.	Das politische Dach . . . . .	365
4.	Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Justiz und Wissenschaft . . . . .	366
5.	Kontextanalyse und weitere Herausforderungen . . . . .	366
II.	Projektarten im Einzelnen . . . . .	367
1.	Staatliche Zusammenarbeit . . . . .	367
2.	Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) . . . . .	369
3.	Weitere Partner der Rechtstaatsförderung . . . . .	369
B.	Rechtsstaatsförderung durch das AA . . . . .	370
(Lars Müller und Viktoria Budde)		
I.	Leitgedanken zur RSF im Ressort des Auswärtigen Amtes .	370
1.	Außenpolitische Zielsetzung . . . . .	370
2.	Schwerpunktbereiche . . . . .	371
II.	Das Projektverfahren im Auswärtigen Amt . . . . .	372
1.	Politische Planung . . . . .	372
2.	Initiation und Design von Projekten: drei Varianten .	373
3.	Mittelbewilligung, Berichtspflichten, Zusatzvereinbarungen, Abschichten . . . . .	374
4.	Sonderform: Projektförderung durch IfA zivik . . . . .	375
C.	Rechtsstaatsförderung durch das BMJV . . . . .	376
(Stefan Hülshörster und Stefan Pürner)		
I.	Leitgedanken und Struktur der Rechtsstaatsförderung im Justizressort . . . . .	376
1.	Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz . . . . .	376
2.	Organisation und Auftrag der IRZ . . . . .	376
3.	Finanzierung der IRZ . . . . .	377
4.	Leitbild, Ziele und Schwerpunktsetzungen der Arbeit der IRZ . . . . .	377
II.	Zuwendungsfinanzierte Projektarbeit . . . . .	378
1.	Projektarten . . . . .	378
2.	Die Planung der zuwendungsfinanzierten Tätigkeit der IRZ . . . . .	378

3.	Die Handlungsformate der zuwendungsfinanzierten Tätigkeit der IRZ . . . . .	379
4.	Nachhaltigkeit . . . . .	380
5.	Wirkungskontrolle . . . . .	380
6.	Verfahrensabläufe . . . . .	380
7.	Verzahnung mit weiteren Finanzierungsarten . . . . .	381
III.	Bedarfsorientierung, Flexibilität und langer Atem . . . . .	381
D.	Rechtsstaatsförderung durch die Europäische Union . . . . . ( <i>Julie Trappe</i> )	382
I.	Deutsche Rechtsstaatsförderung im internationalen Kontext . . . . .	382
1.	Beteiligung an der Arbeit internationaler Organisationen . . . . .	382
2.	Rechtsstaatsförderung durch die Europäische Union . . . . .	382
II.	Projekttypen . . . . .	384
1.	Technical-Assistance-Projekte . . . . .	384
2.	EU-Grants . . . . .	384
3.	EU-Action-Grants . . . . .	385
4.	EU-Twinning . . . . .	385
5.	TAIEX . . . . .	386
III.	Herausforderungen und Entwicklungstendenzen . . . . .	387
§ 13	Einzelne Handlungsformate und deren Erfolgsbedingungen . . . . .	388
A.	Beratung zu Gesetzgebungsreformen . . . . . ( <i>Jens Deppe</i> )	388
I.	Erfahrungen mit Gesetzgebungsreformen in Transformationsstaaten . . . . .	388
II.	Theorien zur Gesetzgebung im Rahmen der IZ . . . . .	389
III.	Langfristige Ziele der Gesetzgebungsberatung . . . . .	391
IV.	Vorausschauende Gesetzgebungsberatung als Forderung an die IZ . . . . .	393
B.	Kapazitätsentwicklung am Beispiel juristischer Fortbildungen . . . . . ( <i>Jens Deppe</i> )	394
I.	Zum Begriff nachhaltiger Kapazitätsentwicklung . . . . .	394
II.	Leitfragen der juristischen (praxisorientierten) Aus- und Fortbildung . . . . .	395
III.	Erfahrungen aus den Transformationsstaaten . . . . .	396
IV.	Weitere Analyse von Hindernissen und Herausforderungen . . . . .	397
V.	Vorschläge für eine rechtsstaatliche Kapazitätsentwicklung . . . . .	398
VI.	Justizpartnerschaften . . . . .	399
C.	Beratung zu Organisationsentwicklung . . . . . ( <i>Tillmann Schneider</i> )	400
I.	Grundlagen und Ziele von Organisationsentwicklung . . . . .	400
II.	Unterscheidung verschiedener Beratungsansätze . . . . .	401
1.	Fachberatung . . . . .	401
2.	Prozessberatung und systemische Ansätze . . . . .	402
III.	Elemente und Phasen von Veränderungsprozessen . . . . .	402
1.	Diagnose . . . . .	403

2. Zielfindung . . . . .	404
3. Umsetzung . . . . .	404
4. Re-Stabilisierung & Reflexion . . . . .	405
IV. Erfolgsbedingungen und Herausforderungen . . . . .	405
D. Universitäre juristische Ausbildung . . . . .	406
<i>(Hinrich Julius)</i>	
I. Internationale Rechtsstaatsförderung in regulären juristischen Studiengängen . . . . .	406
II. Angebote juristischer Aus- und Fortbildung speziell für ausländische Studierende . . . . .	407
1. Sommerschulen . . . . .	407
2. ERASMUS+ . . . . .	407
3. Magister/LL.M. in Deutschland . . . . .	408
4. Moot Courts . . . . .	409
5. Promotionsförderung . . . . .	409
III. Studienangebote im Ausland . . . . .	410
IV. Beratung zur Curricula-Entwicklung . . . . .	412
V. Ausblick . . . . .	412
E. Rechtsstaatsdialoge und andere Dialogformate . . . . .	413
<i>(Beatrix Lindner, Tilmann J. Röder und Anne Katharina Zimmermann)</i>	
I. Formate und Merkmale rechtlicher Dialoge . . . . .	413
II. Rechtsstaatsdialoge der Bundesregierung . . . . .	414
1. Rechtsstaatsdialog mit China (seit 2000) . . . . .	414
2. Rechtsstaatsdialog mit Vietnam (seit 2008) . . . . .	416
3. Rechtsstaatsdialog mit Russland . . . . .	417
III. Rechtsdialoge von Praxis, Stiftungen und Wissenschaft . . . . .	417
IV. Moderation von Dialogen . . . . .	418
F. Förderung lokaler Nichtregierungsorganisationen . . . . .	419
<i>(Tilmann J. Röder)</i>	
I. Kooperations- und Finanzierungsmodelle im Überblick . . . . .	419
II. Vor- und Nachteile der Förderung lokaler Akteure . . . . .	420
1. Kontextnähe und Eigeninteresse . . . . .	420
2. Rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	421
3. Wirtschaftlichkeit und Effizienz . . . . .	421
4. Nachhaltigkeit . . . . .	422
III. Kooperations- und Finanzierungspraxis . . . . .	423
1. Auswahlkriterien . . . . .	423
2. Probleme bei der Implementierung . . . . .	423
3. Ethische und politische Herausforderungen . . . . .	424
IV. Ausblick . . . . .	424
G. Rechtsverbreitung . . . . .	425
<i>(Tilmann Schneider)</i>	
I. Ziele und Wirkungshypothesen . . . . .	425
II. Ansätze in der Praxis . . . . .	427
III. Herausforderungen und Risiken . . . . .	428
IV. Erfolgsbedingungen . . . . .	429

<b>H. Erfahrungsaustausch und Netzwerke . . . . .</b>	<b>431</b>
<i>(Peter Best und Julie Trappe)</i>	
I. Erfahrungsaustausch und Netzwerke in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	431
II. Aktivitäten . . . . .	431
1. Studienreisen . . . . .	431
2. Konferenzen und Seminare . . . . .	432
3. Hospitalitationen . . . . .	433
4. Justizpartnerschaften, Austauschveranstaltungen . . . . .	434
III. Vernetzung und Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene . . . . .	434
IV. Vernetzung und Erfahrungsaustausch über Rechtsstaatsförderung . . . . .	435
V. Wirkung, Voraussetzungen und Ausblick . . . . .	435
<b>I. Digitale Technologien . . . . .</b>	<b>437</b>
<i>(Yannic Körtgen)</i>	
I. Einleitung . . . . .	437
II. E-Justice & Legal Tech: Anwendung und Potentiale . . . . .	438
1. Digitalisierung von Gerichten und Justizinstitutionen . . . . .	438
2. Informationsverbreitung und Onlineberatung . . . . .	439
3. Sicherung, Erstellung und Bearbeitung von Dokumenten . . . . .	441
4. Online-Streitschlichtung (Online Dispute Resolution) . . . . .	442
5. Weitere Anwendungsbereiche . . . . .	442
III. Risiken und Herausforderungen digitaler Technologien in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	442
1. Bildungsgrad und technische Herausforderungen . . . . .	442
2. Datenschutz, Privatsphäre und Überwachung . . . . .	443
3. Rechtliche und qualitative Probleme . . . . .	443
4. Neue Exklusionen . . . . .	443
<b>§ 14 Wissensmanagement, Praxiserfahrungen und Standards . . . . .</b>	<b>445</b>
<b>A. Wissensproduktion und Wissensmanagement . . . . .</b>	<b>445</b>
<i>(Michael Riegner und Jens Deppe)</i>	
I. Ebenen und Ansätze des Wissensmanagements in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	445
II. Wissensmanagement in Abhängigkeit von Technik, Organisation und Verfahren . . . . .	446
1. Technik: Digitalisierung und Datenerhebung . . . . .	446
2. Organisation der Produktion und Nutzung von Wissen . . . . .	447
3. Verfahren der Projektplanung und -durchführung . . . . .	449
III. Entwicklungsperspektiven . . . . .	450
1. Lernerfahrungen . . . . .	450
2. Ausbau der Epistemic Community . . . . .	451
<b>B. Bildung von Praxisstandards für die deutsche Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	<b>452</b>
<i>(Jens Deppe)</i>	

I.	Einleitung: Arten und Wirkungsweisen von Standards in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) . . . . .	452
II.	Ausrichtung der EZ auf die Menschenrechte. . . . .	454
III.	Rechtstaatlich orientierte Standardbildung infolge der Agenda 2030. . . . .	455
IV.	OECD-DAC-Kriterien als relevante Umsetzungsstandards. .	456
V.	Beispiele für Praxisstandards im europäischen Kontext. . .	457
<b>Sechster Teil: Deutschlands Beiträge zur internationalen Rechtsstaatspolitik</b> . . . . .		<b>459</b>
<b>§ 15 Deutschlands Beiträge zur internationalen Rechtsstaatspolitik</b> . . . . .		<b>461</b>
A.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Europäischen Union. . . . . ( <i>Daniel Hegedüs (I. + II.) und Jan Petry (III.)</i> )	461
I.	Normenkanon . . . . .	461
II.	Rechtsstaatspolitik im Verhältnis zu Mitgliedsstaaten. . . . .	462
1.	Schutzmechanismen. . . . .	462
2.	Die Rolle deutscher Akteure in der Rechtsstaatspolitik der EU-Institutionen . . . . .	464
III.	Rechtsstaatspolitik in der Europäischen Union in Bezug zu Drittstaaten . . . . .	465
1.	Das Beitrittsverfahren . . . . .	465
2.	Nachbarschaftspolitik . . . . .	467
B.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen des Europarates und der OSZE. . . . . ( <i>Thomas Vennen und Nathalie Ebead</i> )	468
I.	Einleitung. . . . .	468
II.	Europarat . . . . .	469
III.	OSZE. . . . .	470
IV.	Herausforderungen . . . . .	471
C.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen und der Weltbank . . . . .	473
(Clemens A. Feinäugle (I.) und Yannic Körtgen (II.))		
I.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen. . . . .	473
1.	Besondere Schwierigkeiten . . . . .	474
2.	Mitwirkung Deutschlands. . . . .	474
3.	Wissenschaftlicher Diskurs . . . . .	475
4.	Fazit . . . . .	476
II.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Weltbank . . . . .	476
1.	Rechtsstaatsbegriffe . . . . .	476
2.	Deutsche Rechtsstaatspolitik innerhalb der Weltbank	478
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .		<b>481</b>